

Politik kämpft gegen Genitalverstümmelung

VON GÖKÇEN STENZEL

Geschätzte 6000 Mädchen und Frauen sind in NRW von Genitalbeschneidung betroffen oder bedroht: Vor allem in Teilen Afrikas ist der lebensgefährliche Eingriff noch immer an der Tagesordnung, werden Mädchen zwischen drei und zwölf Jahren verstümmelt – im Auftrag der eigenen weiblichen Familie, die die „Tradition“ fortsetzen will. In Düsseldorf gibt es die einzige Beratungsstelle für (potenzielle) Opfer landesweit, doch das genügt CDU und FDP nicht mehr. Am Mittwoch bringen sie eine Anfrage in den Gesundheitsausschuss ein.



Marie-Agnes **Strack-Zimmermann** (li.)
und Jawahir **Cumar** RP-FOTO: GABRIEL

Bei weiblicher Beschneidung werden die Schamlippen und die Klitoris ganz oder teilweise entfernt, die Vagina in den meisten Fällen bis auf ein kleines Loch zugenäht. Der Eingriff hat schwere körperliche und seelische Folgen, viele Mädchen sterben danach.

„Wir wissen, dass auch hier Mädchen grausam verstümmelt werden“, sagt Bürgermeisterin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). „Das Thema muss endlich aus der Schmuddel-Ecke heraus und auf die politische Agenda der bürgerlichen Fraktionen.“ Die wollen im Ausschuss wissen, wie das Gesundheitsamt mit dem Problem umgeht und ob es Ärzte im Amt gibt, die Betroffene behandeln beziehungsweise beschützen können. Strack-Zimmermann: „Diesen menschenunwürdigen Eingriff dulden wir bei uns nicht. Das müssen wir klar machen. Dringend.“

Im Bundesrat wird derzeit ein Gesetz vorbereitet, das vorsieht, die Verstümmelung zum eigenen Straftatbestand zu machen. Bisher wird sie als Körperverletzung geahndet. „Die Eltern, die ihr Mädchen verstümmeln lassen wollen, müssen wissen, dass das hier verboten ist, dass sie ins Gefängnis kommen dafür“, erklärt Jawahir Cumar, Leiterin der Beratungsstelle „Stop Mutilation“ mit Sitz im Salzmannbau. „Androhung von Strafe beeindruckt schon.“ Aufklärung und Beratung seien zudem unverzichtbar.